

Ercheint an jedem Werk- tag, Sonn- und Feiertagen ausgenommen.

# Der Gesellschaftler

## Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

### Nagolder Tagblatt

Bestellungs- und Abrechnung im Oberamtsbezirk L. — Nagold

Bestellungs- und Abrechnung im Oberamtsbezirk L. — Nagold

Telegraphische Adresse: Gesellschaftler Nagold. Postfachnummer: Stuttgart 5113.

Nr. 277

Montag den 26. November 1923

97. Jahrgang

### Warenerzeugung und Warenpreise

Mit Stolz weisen Volkspatrioten, kommuniste Steuerpöbel und nicht selten auch Volkswirtschaftler, die doch tiefen Blicken sollten, auf die aus der gewerblichen Statistik sich ergebende Tatsache hin, daß die Zahl der Handelsbetriebe sich nach dem Krieg beträchtlich erhöht habe, jedoch darin ein „erfreuliches Zeichen“ und folgern daraus ein „Aufblühen“ der deutschen Volkswirtschaft. So ist nach dem letzten statistischen Jahrbuch der Stadt Köln die Zahl der handels-gewerblichen Betriebe in Köln von insgesamt 5295 im Jahr 1913 auf insgesamt 13 820 im Jahr 1921 gestiegen. Im Reich steigt die Zahl der handels-gewerblich sich betätigenden Gesellschaften m. b. H. von 5300 am 1. Oktober 1909 (altes Reichsgebiet) auf 14 500 am 31. Dezember 1920 (neues Reichsgebiet). Ueber Gründung von Einzelbetrieben bis also nicht Gesellschaftsform haben, waren den oben angeführten Kölner Zahlen entsprechende Zahlen nicht zu ermitteln. Aus der Erfahrung heraus kann aber gesagt werden, daß wenn z. B. die Gesellschaften m. b. H. sich in Preußen von 1914 bis 1921 mehr als verdoppelt haben, die Zahl der Neugründungen von Einzelbetrieben in demselben Zeitraum mindestens wohl das drei- bis vierfache betragen haben mag. Betrachtet man daneben in dem zur Verfügung stehenden statistischen Material die Zahl der tatsächlich erzeugenden Unternehmungen, so muß man feststellen, daß diese sich kaum oder nur unwesentlich vermehrt haben. Einen gleichbleibenden Zahl erzeugender Unternehmungen steht also eine mindestens verdreifachte Zahl von Betrieben gegenüber, die mit den von jenen erzeugten Gütern Handel treiben.

Sehen wir den (vielleicht zu günstigen) Fall, daß die Erzeugung der deutschen Volkswirtschaft nach dem Krieg nur um die Hälfte zurückgegangen sei, und nehmen wir an, daß die Zahl der Handelsbetriebe sich bloß verdreifacht habe, so ergibt sich, daß an einer gegen der Friedenszeit nur noch halb so großen Warendeckelung drei- bis viermal so starkes Verlangen nach Waren zu einem Anziehen der Preise führen muß, ist selbstverständlich, um wie viel größer muß die Preissteigerung aber erst sein, wenn das Verhältnis auf 1:5 anwächst.

Bis hierher war vorausgesetzt, daß die in der Volkswirtschaft umlaufende Geldmenge unverändert geblieben ist, hat aber eine Inflation stattgefunden, so wäre eine Preissteigerung auch dann eingetreten, wenn die Gütermenge dieselbe geblieben und auch die Zahl der Händler nicht gestiegen wäre. Nach dem eben Dargelegten wirken also steigend auf den Preis 1. die um die Hälfte gesunkene Gütermenge, 2. die sechsmal so große Nachfrage der Händler, 3. die Inflation.

Normale Befriedigung der Nachfrage der Händler in Friedenszeiten vorausgesetzt, bedeutet tatsächlich das Sinken der Erzeugung auf die Hälfte und das Ansteigen der Zahl der Händler auf das Dreifache, eine Verminderung der Erzeugung auf ein Sechstel der Friedensmenge. Der wirkliche Verbrauch der letzten Konsumenten bleibt die zunächst aus dem Spiel. Die verheerendste Nachfrage erweist den „Anschein“, „als ob“ in den Händen der Nachfrager tatsächlich auch eine verheerendste Geldmenge sich befände. Jeder der Händler-Nachfrager ist bemüht, den verknappten Warenvorrat ganz oder zu einem großen Teil für sich allein zu gewinnen. Denn er läuft ja bei der verringerten Erzeugung nicht Gefahr, auf den verkauften Waren sitzen zu bleiben. Es bildet sich eine Kette von Handlungen. Die Kette wird um so länger, je knapper die Ware und je größer die Zahl der Händler ist. Es braucht nicht eigens dargelegt zu werden, in welcher Weise die Ware sich auf diesem Weg durch sechs Hände verteilen muß, auch wenn sie an ihrem ursprünglichen Lagerort verbleibt, und welche Aufschläge außerhalb davon kommen, wenn sie auch nur zwei oder dreimal ihren Lagerort verändert.

So erklärt sich aus verminderter Erzeugung und vermehrter Händlerzahl die Erscheinung des vielbesprochenen Schiebers volkswirtschaftlich ganz natürlich. Wucherpreise können nur ein Hilfsmittel sein. Die positive Maßnahme zu seiner Verdrängung ist Erhöhung der Warenerzeugung, eine der negativen Maßnahmen (die auch angewandt worden ist) dagegen Beschränkung der Gewerbetreibenden durch Einführung der Handelsverordnungen. Daß diese Maßnahme von keinem wesentlichen Einfluß gewesen, beweist das Anwachsen der Zahl der Händler trotz allem dem.

Aus dem Gesagten erklärt sich auch leicht, weshalb die Preise in Deutschland vielfach über den Weltmarktpreis liegen. Es ist nicht immer die Verteuerung der Erzeugung allein daran schuld, der Ueberfluß der Menschen in Deutschland warf sich auf den Handel, und das deutsche Volk zahlte ihnen in den hohen Warenpreisen eine verheerende Arbeitslosenunterstützung, aber im Gegensatz zu der offenen eine sehr reichliche.

Nicht unerwähnt darf bleiben, daß der Schieber in der letzten Inflation und in der damit verbundenen Flucht auch des letzten Verbrauchers in der Sachweise eines ausgezeichneten Helfer hat. Hätte auch für den kleinen Mann eine merkbare Sparmöglichkeit bestanden

so wäre das Geschäft des Schiebers längst nicht so einträglich und sicher gewesen, wie das tatsächlich der Fall war und leider noch ist. Die Einführung einer festen Währung wird die „Ueberlegung“ der deutschen Volkswirtschaft durch die Händlerhandlung erst recht offenbaren. Zusammenbrüche der nicht notwendigen und nicht genügend kapitalkräftigen Firmen werden die Folge sein müssen.

### Der Zeigner-Scandal

#### Nach einer „politischen Laufbahn“

Kas Dresden schreibt mir ein gelegentlicher Mitarbeiter Wenn einer verhaftet wird, sagen viele: „Wir haben es schon lange gewußt.“ Auch wenn sie gar nichts wußten. Im Fall des enklaren Epimoneers Dr. Zeigner kam man aber wirklich nur staunen und sich wundern, wie lange dieser Volkverführer seiner Partei, dem sächsischen Parlament und der ganzen deutschen Volkswirtschaft Sand in die Augen streuen konnte, bis man dahinter kam, welche Sumpfbäume der Verderbnis und des politischen Scandals da aufgegangen war.

Es ist das Unglück Deutschlands zu allen sonstigen Räten, daß ihm heute die geborenen Führer fehlen, und daß deshalb zeitweise Gestalten von solcher innerer Unwahrscheinlichkeit eine bestimmende Rolle spielen können, wie dieser gestirzte und nun gemeiner Amtsverbrechen beschuldigte Ministerpräsident Zeigner es ist. Zeigner kam wie ein Komet. Aber er entstieg nicht der Politik, sondern er hatte sich in diese Lebensaufgabe hineingewandelt. Er war bis nach der Revolution weder Politiker noch Sozialist, sondern gehörte als „moralischer“ und „innerer“ Jurist dem Dresden-Hellerauer Kreis von Rechtsgelehrten und Intellektuellen an, die sich im luxuriösen Salon der vielgenannten Zeigner-Villa der Schöngelstigele und Ruffschleiberei hingaben.

Die Entwidlung Zeigners zur Politik erfolgte ganz literarisch durch eine Selbstbekehrung. Durch seine gesellschaftlichen Taten — die Gattin spielte bei diesem Aufstieg eine Hauptrolle — und durch ein süßliches Wesen im persönlichen Verkehr gewann er urteilslose Freunde und Anhänger in großer Zahl. Ganz von selbst, aber zeitlich recht spät ergab sich in Sachen für den Kreisbismarck Literaten und Landgerichtsrat die Spekulation auf den Sozialismus. Kaum war Dr. Zeigner eingetragenes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, da erfolgte am 1. Juli 1921 seine Ernennung zum Justizminister. Schon damals hätte man bei einiger Aufmerksamkeit entdecken können, worauf es diesem sonderbaren Staatsmann ankam: nicht auf Erfüllung im Dienst des Volks, sondern auf persönliche Macht und Bereicherung. Dieser Minister der staatlichen Gerechtigkeit umgab sich mit Spiegeln und bedenklichen Persönlichkeiten aller Art. Er bildete ein System von Schmeiseln und Angabern aus, das jeder Beschreibung spottet und dahin führte, daß die aufrechten Elemente in Scharen den Justizdienst verließen. Dazu kam das Zeignerische Amnestiegesetz, das eigentlich fast allen Vergehen und Verbrechen Strafrecht gewährte. In einem einzigen Jahr verfügte Zeigner mehr 19 000 Begnadigungen, und der Bestechungsprozeß, der jetzt anhebt, soll erweisen, wieviel Gänge, Rehl- und Zuckersüße, Schmeiseln, Barzel und um einzelne Begnadigungen dem Zeignerischen Privatvermögen eingetragen haben.

Aber niemand merkte damals etwas, und Zeigner wurde Ministerpräsident. Mit seinem linksradikalen Anhang brachte er die sächsische Sozialdemokratie vollständig unter die Botmäßigkeit der Kommunisten. In den vertraulichen Sitzungen der Partei kam es zu den bestigsten Auseinandersetzungen. Zeigner spielte dabei, ohne daß seine Genossen es ahnten, durch geschickte Verräterei an die Presse eine Gruppe gegen die andere aus. Als man hinter die Vertrauensbrüche kam und das Material für den Bestechungsprozeß bekannt wurde, legten die politischen Freunde Zeigners auf seinen Fraktionsplatz im Landtag einen — Revolver. Aber Zeigner erschien dort nicht mehr. Sein Nachfolger im Amt der Gerechtigkeit, Justizminister Reu, hat die Angelegenheit dem Leipziger Oberstaatsanwalt zur Durchführung übergeben, und dieser verfügte die Verhaftung Zeigners. Das Verhängnis ist über einem Schädling zusammengebrochen, den noch vor kurzem die französische Presse wegen seiner Katastrophenreden gegen Reichsregierung und Reichswehr als den „einzigen Staatsmann Deutschlands“ pries.

### Rentenmark, Reich und Privatwirtschaft

#### Die Ausgabe

Von der schnellst erwarteten Rentenmark sind, wie uns mitgeteilt wird, bis jetzt etwa 250 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, ein Betrag, der fast doppelt so groß ist wie der Goldmarkwert der bisher umlaufenden Papiermark. Der Betrag, der in den Verkehr gelangt ist, ist allerdings weit geringer. Gegenwärtig handelt es sich vor allem darum, die Postverwaltung zu beliefern, die ihre 15 000 Postanstalten erst mit einem Stock von Rentenmark versehen muß, ehe sie ihren Postanweisungs- und Postverkehrs-

auf Rentenmark umstellt. Auch Eisenbahnen und Reichstassen, sowie die sonstigen öffentlichen Kassen und Banken müssen mit einem Stock an Rentenmark versehen werden, um die Auszahlung von Gehältern und Löhnen in Rentenmark durchführen zu können. Am schnellsten wird sich die Postverwaltung umstellen, und zwar dürfte dies bereits in wenigen Tagen der Fall sein. Da im Tag 40 Millionen Rentenmark hergestellt werden, so kann Ende des Monats wohl der Verkehr in Rentenmark im Gange sein. Man glaubt, daß der dann zur Verfügung stehende Betrag im allgemeinen ausreichen wird, zumal dann auch die Banken Rentenmarkkonten eingerichtet haben werden, so daß sich der Scheidverkehr, der jetzt fast ganz eingeschlagen ist, wieder beleben wird und damit eine Verminderung des Zahlungsmittelbedarfs eintritt.

Rentenmarkscheine zu 1, 5, 10 und 50 Mark sind bereits ausgegeben, in Vorbereitung sind Scheine über 100, 500 und 1000 Mark. Die Herstellungsmenge ist zunächst nach dem Friedensschema geregelt worden, doch hat sich herausgestellt, daß die Scheine zu 50 Mark vielfach in solche zu 10 und 5 Mark umgetauscht werden, weil sich der Verkehr heute — schon wegen des Fehlens der Silbermünzen — auf die kleinen Scheine eingestellt hat. Daher wird die Zahl der kleinen Noten vermehrt und die großen vermindert werden müssen. Die Rentenpennige sollen, wie bereits berichtet wurde, in einer Menge von 1 Mark auf den Kopf ausgeprägt werden. Von der Schaffung von Aluminiummünzen hat man abgesehen, weil diese wegen ihrer Leichtigkeit zu sehr den Charakter von Spielmarken tragen.

Mitte Dezember dürfte der ganze Zahlungsmittelbedarf an Rentenmarkscheinen und Rentenpennigen gedeckt sein.

#### Das Reich und die Rentenmark

Mit dem Beginn der Ausgabe von Rentenmark sind bekanntlich die Diskontierung von Reichswechseln bei der Reichsbank eingestellt worden. Sie hat eine Höhe von nicht weniger als 191 Trillionen Papiermark erreicht. Rechnet man diese zum heutigen amtlichen Kurs von 1 Rentenmark gleich 1 Billion Papiermark (der Weltmarkkurs ist bekanntlich viel niedriger) um, so ergibt sich, wenn der Kurs des Dollars beim Goldmark (und die Rentenmark ist eine Goldmark) nicht weiter steigt, daß das Reich eine Schuld von 191 Millionen Goldmark bei der Reichsbank hat. Zwecks Abführung der Schuldwechsel bei der Reichsbank sind dem Reich aber 200 Millionen unverzinsliche Rentenmark seitens der Rentenbank zu gewähren. Bisher ist dem Reich ein Betrag von 100 Millionen Mark hierauf zur Verfügung gestellt, so daß also die Hälfte der auf Grund von Reichswechseln umlaufenden Papiermarknoten der Reichsbank eingelöst werden kann. Die gesamten dem Reich zur Verfügung gestellten unverzinslichen 200 Millionen Rentenmark werden jedoch nur zu rund zwei Drittel zur Abdeckung der Wechsel bei der Reichsbank benötigt. Ferner ist dem Reich gelehrt ein verzinslicher Kredit in Höhe bis zu 900 Millionen Rentenmark eingeräumt, über dessen Gewährung der Verwaltungsrat der Rentenbank im einzelnen zu bestimmen hat. Das soll, wie bereits mitgeteilt, nur nach Aufstellung des Reichshaushaltsplans in Goldmark und genauer Prüfung der Verhältnisse erfolgen. Von diesem Betrag von 900 Millionen hat das Reich bereits 200 Millionen erhalten, und neuerdings noch 150 Millionen Rentenmark. Außerdem sind für Rhein u. Ruhr 100 Millionen Rentenmark gewährt, die aber nicht in Rentenmark zur Auszahlung gelangen, sondern lombardiert werden, wofür das Reich also Papiermark erhält und weitergibt. Damit würde, wenn das Reich die ganzen 100 Mill. Rentenmark in der Form von Papiermark zum heutigen Kurs von 1 Billion Papiermark für eine Rentenmark in das besetzte Gebiet bringt, der vor einiger Zeit genannte 390-Trillionen-Papiermark-Umlauf erreicht sein, wenn nicht inzwischen durch die Einführung von Papiermark in Rentenmark der Umlauf an Papiermark sich verringert. Aber die Zusammenbrückung der dann noch umlaufenden Papiermark im besetzten Gebiet allein muß dort den Wert der Mark noch weiter herabdrücken, so daß mindestens noch mehr Papiermark als 100 Trillionen gegeben werden müssen. Inzwischen wird ja nun eine besondere Rentenbank für das besetzte Gebiet errichtet werden, so daß auch dort das Einströmen weiterer Papiermarklisten hoffentlich nicht die gefährliche Höhe erreichen wird, sonst würde die Papiermark noch weiter sinken, was natürlich für ihre letzte Lage im ganzen Reich ein noch verheerendes Dasein bringen würde.

#### Die Schallschaltung

Von den 900 Millionen verzinsliche Rentenmark sind also bereits vom Reich 450 Millionen, d. h. die Hälfte, in Anspruch genommen. Es entsteht nun die Frage, wie groß der Bedarf des Reichs zum nächsten Monatsjahresende ist. Bei dem letzten Verlaufe der kurzfristigen Zahlung von Gehältern ist naturgemäß der Bedarf an Zahlungsmitteln geringer. Will man aber wieder zu langfristigen Zahlungsperioden zurückkehren, so wird der Bedarf an Zahlungsmitteln geringer. Will man aber wieder zu langfristigen Zahlungsperioden zurückkehren, so wird der Bedarf an Zahlungsmitteln selbstverständlich steigen. Es sei daran erinnert, daß wir im Frieden einen Zahlungsmittelumlauf

Vertical text on the left margin containing various small advertisements and notices.

son Höhepunkt 5-6 Milliarden, vielleicht aber auch weniger hatten, da man über die Menge der umlaufenden Banknoten nicht genau unterrichtet war. Immerhin schätzte man die Kassenhaltung auf ungefähr 70-80 Mark pro Kopf. Allein der Umlauf an Silbermünzen belief sich auf rund 20 Mark pro Kopf. Selbst wenn die Kassenhaltung der Privatpersonen heute zunächst außerordentlich niedrig wird und man zu den ganz langen Zahlungsfristen von einem Vierteljahr zunächst noch nicht zurückkehrt, so ist doch immerhin mit einem Zahlungsmittelbedarf von vielleicht 40 bis 50 Goldmark pro Kopf zu rechnen, so daß ein Umlauf in Höhe von 2,5 bis 3 Milliarden nicht zu groß sein würde. An dieser ungefähren Höhe gehalten würde das neue Geld seinen Wert nicht verlieren können.

#### Rentenmarkt und Privatwirtschaft

Selbstverständlich können nun nicht etwa dem Reich über den bewilligten Betrag von 1,2 Milliarden hinaus noch weitere Zahlungsmittel darlehensweise zur Verfügung gestellt werden, vielmehr muß auch der private Wechsel wieder eine Stelle finden, wo er diskontiert wird. Auch hierfür ist aus den gleichen Gründen ein größerer Bedarf an Zahlungsmitteln erforderlich, denn durch die heute beinahe tägliche Entlohnung ist eine Belastung der Betriebe eingetreten, die unmöglich noch länger getragen werden kann wegen der damit verbundenen sogenannten „toten“ Arbeit. Es wird also so schnell als möglich auch mit der Diskontierung von Privatwechseln begonnen werden, sobald die Bedingungen hierfür von der Reichsbank festgelegt sind. Für diesen Zweck hält die Reichsbank 1,2 Milliarden Rentenmark zur Verfügung. Damit tritt wird die Rentenmark zu dem Instrument der Wirtschaft werden, dessen diese so dringend bedarf. Ohne ein werbeständiges Geldzeichen, das wieder eine sichere Kalkulation erlaubt, würde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft einfach unmöglich sein. Nicht zum wenigsten ist der Zusammenbruch der Papiermark (sahd) an vielen Auswüchsen in unserem Wirtschaftsleben. Diese werden von selbst verschwinden und damit auch die Erbtönen, die sich davon nährten. So wird das werbeständige Geld zu einem Segenszeichen der Wirtschaft werden.

### Deutscher Reichstag

Das Vertrauen abgelehnt. Rücktritt des Kabinetts Stresemann

Berlin, 23. Nov. Schlußbericht. Abg. Rosenfeld (Soz.) bringt Beschwerden über die Handhabung des Ausnahmezustands in Sachsen und Thüringen vor und erhebt Einspruch gegen das Verbot der kommunistischen Partei. Abg. Frölich (Komm.) Ministerpräsident in Thüringen; Die Kommunisten pleben auf das Verbot. Er fordert die Massen zum bewaffneten Widerstand auf. Abg. Wegmann (bei keiner Fraktion) verlangt die Räumung Sachsens und Thüringens durch die Reichswehr. Abg. Hennig erklärt, seine Partei habe den Sieg Hillers ermunelt. Das sei aber noch kein Grund, die Partei aufzulösen. Mit Bajonetten werde man die Bewegung nicht hemmen.

Da viele Abgeordnete an der Beerdigung des Reichspräsidenten haben teilnehmen und der Saal stark überfüllt ist, verlegt der Präsident die Sitzung von 7 auf 7.30 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Sitzung bringt der Präsident den Vertrauensantrag der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten zu namentlicher Abstimmung.

Es werden 392 Karten abgegeben. Für den Antrag stimmen nur die drei Parteien mit 155 Stimmen. Dagegen sind 230 Stimmen, 7 (blau) Karten des Bayerischen Bauernbunds und einiger Abgeordneter der Bayerischen Volkspartei zeigen Stimmenthaltung an. Das Vertrauen ist demnach mit starker Mehrheit abgelehnt. Der Reichskanzler und die Reichsminister verlassen den Saal.

Es finden weitere Abstimmungen statt. Ein Antrag der Sozialdemokraten und Kommunisten, die Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, wird gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Ein kommunistischer Antrag auf Aufhebung der Zeitungsverbote und des Oberbefehls des Generals v. Seeckt und Einleitung eines Untersuchungsausschusses gegen die Reichswehr wird abgelehnt.

Der weitere kommunistische Antrag, das Hochverratsverbrechen gegen v. Rahe, Lossow, Ludendorff, Oberst Seher und Hiller einzuleiten, wird mit 193 gegen 188 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen auch die Sozialdemokraten, der größere Teil der Demokraten und Frau v. Oheimb (D. V.). Abgelehnt wird endlich ein Antrag, das Verbot der kommunistischen Partei aufzuheben. Präsident Lohé schließt die Sitzung 8.15 Uhr mit dem Bemerkten, er werde die nächste Sitzung einberufen, wenn die Folgerungen aus der heutigen Sitzung gezogen seien.

#### Rücktrittserklärung Stresemanns

Berlin, 24. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann begab sich nach der gestrigen Reichstagsitzung zum Reichspräsidenten und übergab ihm die Rücktrittserklärung des Kabinetts, die angenommen wurde. Stresemann wird die Geschäfte bis zur Neubildung weiterführen. Darauf besprach sich der Reichspräsident mit den Führern der Parteien.

#### Die Zeit des leeren Raumes

Berlin, 25. Nov. Die Blätter stellen mehr oder weniger geistreiche Betrachtungen an, was nun werden soll, nachdem das „letzte parlamentarische Kabinett“ zurückgetreten ist. Die „B. Z.“ berichtet, die Besprechungen der Parteiführer beim Reichspräsidenten seien ganz ergebnislos verlaufen. Die Berufung des Reichsfinanzministers Albert wurde abgelehnt. Es scheint ihm nicht verglichen zu sein, daß er im Krieg als Vorkämpfer in Amerika in bester Stimmung seine Kappe mit den wichtigsten Altentänden verlor, die dann so sehr gegen Deutschland ausgebeutet wurden. Die beiden anderen vorgeschlagenen Möglichkeiten, Wiederaufnahme der Wirtschaftlichen Koalition (Zentrum, Sozialdemokratie und Demokraten) oder Koalition aller bürgerlichen Parteien stößt auf große Schwierigkeiten, einestheils weil die führenden Persön-

lichkeiten fehlen, andernteils weil die Demokratie eine deutsch-nationale Kanzlerschaft nicht anerkennen. In Betracht käme, meint die „B. Z.“, allenfalls der Oberbürgermeister Abgeordnete J. J. (D. Volksp.), der zurzeit den rheinischen Provinzialtag in Köln leitet. Außerdem werden die Namen Stegerwald (Ztr.) und Gehler (Reichswehrminister, Demokrat) genannt. — Es wird weiter bemerkt, die von Stresemann beabsichtigte Auflösung des Reichstags sei wegen des Widerstands Eberis nicht zur Ausführung gekommen. Doch hält man sie noch nicht für ausgeschlossen, falls die Versuche zur Kabinettsneubildung ohne Erfolg bleiben. — Die Nationalliberale Korresp. schreibt, der jetzige Zustand sei in der Tat nicht eine Krise der Regierung, sondern des Parlaments; die Parteien wissen nicht, was sie wollen. — Der „Demokratische Zeitungsdienst“ sagt, die Demokraten werden sich zurückhalten; sie werden auf die einzigen Möglichkeiten hinweisen, daß entweder die Oppositionsparteien die Regierung bilden sollen, oder daß ein über den Parteien stehendes Kabinett zusammentrete. Das Zentrum sei gegen ein reines Beamten- oder Geschäftsministerium.

### Neue Nachrichten

#### Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge

Berlin, 25. Nov. Der Reichsrat hat die Reichsregierung darauf hingewiesen, daß das bisherige Verfahren der Erwerbslosenfürsorge nach der Stilllegung der Rentenpresse nicht mehr möglich sei. Das Reichsfinanzministerium wurde in einer Anfrage aufgefordert, der Laissa-Rechnung zu fragen und sich mit der Rentenbank ins Benehmen zu setzen.

#### Vorfälle bei Seeckt

Berlin, 25. Nov. Die drei Reichstagsabgeordneten der Deutschösterreichischen Freiheitspartei erhoben bei General v. Seeckt Vorstellungen wegen des Verbots der Partei. Die verschlossenen Zimmer der Parteibüros wurden darauf der Partei wieder freigegeben.

#### Die deutschen Vertreter vor der Entschädigungskommission

Paris, 25. Nov. Die Entschädigungskommission veröffentlicht einen kurzen Bericht über die „Bernehmung“ der deutschen Vertreter durch die Entschädigungskommission am Freitag. Fischer hielt die Behauptung aufrecht, daß die Ruhrbesetzung widerrechtlich sei. Ohne die frühere wirtschaftliche Einheit sei Deutschland nicht imstande, die Sachleistungen wieder aufzunehmen; dazu können die Maßnahmen zur Wiederherstellung einer gesunden Währung und zur Ordnung der Finanzen nicht genügen. Die belgische Denkschrift könne eine Grundlage zu Verhandlungen bieten. Weitere Fragen wurden nicht gestellt und die Deutschen wurden „entlassen“. Die nächste Sitzung soll am Dienstag stattfinden.

#### Poincaré und Tardieu

Paris, 25. Nov. In der Aussprache über die auswärtige Politik in der Kammer griff Abg. Tardieu Poincaré scharf an wegen seiner angeblichen Nachgiebigkeit gegen die Verbündeten (im Balkan) und gegen Deutschland. Poincaré erwiderte nicht weniger scharf und sehr gerügt. Die Kammer sprach Poincaré mit 492 Stimmen das Vertrauen aus, 14 waren dagegen; viele Abgeordnete, wie die ganze sozialistische Partei, enthielt sich der Stimme.

#### Keine auswärtigen Anleihen

London, 25. Nov. Es bestätigt sich, daß im Ausland keine Reizung vorhanden ist, Deutschland eine größere Anleihe zu geben. Die Ausstreunungen in den letzten Wochen waren nur Versuche von vielleicht ganz unbedeutenden Personen, um die Regierung Stresemann zu stützen. Erstminister Baldwin betonte in seiner Rede am Freitag, er habe nur geringe Hoffnung auf die Besserung der Verhältnisse in Deutschland und Mitteleuropa. Diese Auffassung wird von den Finanzkreisen in England und Amerika geteilt.

#### Flottenrüstung und Arbeitslosigkeit in England

London, 25. Nov. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sollen demnächst 8 Rundschifferschiffe zu je 10 000 Tonne mit einem Kostenaufwand von insgesamt 16 Millionen Pfd. Sterling gebaut werden.

#### Vor der Kabinettsbildung

Berlin, 25. Nov. Nachdem der Besuch des Reichstagsabg. v. Kardorff, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zu bilden, gescheitert ist, hat der Reichspräsident im Laufe des heutigen Tages mit den Reichsministern Dr. Jarres, Dr. Bruns und Dr. Gehler die Frage der Kabinettsbildung besprochen. Die Besprechungen führten zu dem Ergebnis, daß zurzeit die Bildung einer Koalitionsregierung keine Aussicht auf Erfolg bietet.

Anschließend hatte der Reichspräsident eine Besprechung mit dem Reichsminister a. D. Albert, in deren Verlauf dieser den Auftrag der Kabinettsbildung übernahm.

### Württemberg

Stuttgart, 24. Nov. Der Landtag wird am Donnerstag, 29. November, zusammentreten.

Vom Tage. Am Freitagabend nach 9 Uhr entstand beim Wilhelmshaus ein großer Aufruhr dadurch, daß ein Trupp junger Leute, offenbar aus Anlaß der bekannten Parteiaufstellungen, fiegend durch die Königstraße zogen. Die Polizei trieb die Menge mit blanker Waffe auseinander. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. — Im Lauf des Freitag wurden zwei Selbstmordversuche von Frauen gemeldet. Ein Mann hat sich erhängt.

Stuttgart, 22. Nov. Richtigstellung. Entgegen der sozialdemokratischen Behauptung, der Maschinenwende diebstahl in Freudenstadt sei das Werk von Lockspitzeln, wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß dies keineswegs der Fall, vielmehr ausschließlich das Werk von Angehörigen der kommunistischen Partei ist, und daß fünf an dem Diebstahl beteiligte Personen ihre Mittäterschaft bereits eingestanden haben und festgenommen worden sind, nämlich Jugabfertiger Wilhelm Wörner, Maschinist Karl Finkbeiner, Maschinist Hermann Kaupp, Zimmermann Friedrich Bände und Glasmacher Karl Siawart von Freuden-

stadt. Der Diebstahl wurde im engsten Einvernehmen mit der Ortsleitung der kommunistischen Partei in Freudenstadt ausgeführt. In Schweningen waren auch keine Lockspitzeln am Werk. Dort hatte eine verbotene kommunistische Kampforganisation ihren Sitz und es wurde ein Zusammenhang der oberbadischen mit den Schweningener Kommunisten festgestellt. In Vörrach wurde z. B. ein kommunistischer Kurier aus Schweningen verhaftet, der in seiner Unterfertigung einen beträchtlichen Devisenbetrag versteckt hatte, der für Waffenkäufe bestimmt war.

Teuerungszahl. Die Reichsteuerungszahl für Stuttgart betrug am 22. Nov. ohne Bekleidung 124 063 Ma., die entsprechende Indexzahl 1249,5 Ma. Die Steigerung gegenüber dem 19. Nov. beträgt 85,8 Prozent.

Aufhebung des Kohlenamts. Am 26. Nov. wird das Kohlenamt aufgehoben. Damit entfallen die Bezugsheine und die Bindung an einen bestimmten Kohlenhändler.

Kornweihem, 24. Nov. Produktive Erwerbslosenfürsorge. Der Gemeinderat hat beschlossen, um den Erwerbslosen weitere Arbeit zuweisen zu können, mit der Kanalisation der Stammheimer Straße zu beginnen.

Ludwigsburg, 24. Nov. Falsches Geld. Gefälschtes Stadtgeld mit folgendem Aufdruck: „Stadtverwaltung Ludwigsburg, Stadtkassenamt Nr. für Einhundert Milliarden, Ludwigsburg, den 20. Oktober. Oberbürgermeister: Hartenstein“ ist zurzeit im Umlauf. Die Kammer des Scheins ist rot aufgedruckt. Die Fälschung ist so plump, daß ein dringender Schein ohne weiteres beanstandet werden sollte. Beim Datum fehlt die Jahreszahl; der Name des Stadtvorstands ist nicht, wie üblich, eine Nachbildung der Handschrift, sondern in lateinischem Druck.

Ehlingen, 23. Nov. Unfall. In der Belneffigfabrik von Richard Hengstenberg ist der 47 Jahre alte verh. Hilfsarbeiter Karl Braun dadurch verunglückt, daß er von einem Transmissionsriemen erfaßt und an die Decke gefesselt wurde. Er trug schwere innere Verletzungen davon und wurde in das städt. Krankenhaus geschafft.

Oberhausen, 24. Nov. Raubmord. 24. Nov. Wilderer-gesellschaft. In dem Jagdgebiet des Fürsten von Hrach wurde schon längere Zeit bemerkt, daß Wilderer ihre Gewerbe betrieben. Sogar auf den Jagdoberwälder, der Verhütung antrat, wurde ein Schuß abgefeuert. Nun ist es gelungen, die Wilderer in der Person der Fabrikarbeiter Rothendauer und Kepler zu ermitteln. Jagdgeräte, verschiedene Gewehre, Redgewehre und der zur Jagd benötigte Hund wurden beschlagnahmt.

Heidenheim, 24. Nov. Kellerdiebe. Diebe suchten nachts in den Keller des Fabrikanten Waldenmaier einzudringen, aber ohne Erfolg. Größeren Erfolg hatten sie beim Eindringen in den Keller des Fabrikanten Both. Sie gelangten durch das Dach in den Parterreraum und mittels des Aufzugs in den Keller, wo sie sich glücklich taufen und nebenbei noch 31 Flaschen Wein ins Freie beförderten. 23 davon verdeckten sie im Wald, wo sie von der Polizei gefunden wurden. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Wettheim u. L., 24. Nov. Mordtat. Am Dienstagabend wurde der verheiratete Hofbauer und Knopf Johannes Bächle von Heringen von dem bei dem Landwirt Plogaus bediensteten etwa 70-jährigen Schäfer Holzinger von Zell auf dem Feld durch Messerschlag schwer verletzt, an deren Folgen Bächle sich verblutete. Das lange Ausbleiben des Bächle veranlaßte seine Frau, ihn zu suchen; sie hat ihn dann auf seiner Wiese in herbendem Zustand aufgefunden. Der Schäfer ist abends durch den Hof gefahren, ohne von dem Geschehenen jemand zu benachrichtigen; Bächle hätte sonst noch gerettet werden können. Der Tat scheinlich Streitsachen vorausgegangen zu sein.

Wain, 24. Nov. Verhaftung. Hier wurde eine Hausdame verhaftet, die ihr Kind nach der Geburt in einem Wassereimer ertränkt hatte.

Biberach, 23. Nov. Unter falschem Namen. Ein Reisender namens Gutmann aus Stuttgart gab sich hier in einer Wirtschaft als Erich Band, Kapellmeister des Würt. Landestheaters aus, wurde aber durch einen ehemaligen Berufsgenossen erkannt und außerhalb der Wirtschaft gründlich verprügelt, so daß ihm wohl ein für allemal die Lust vergehen wird, sich als Erich Band in Biberach auszugeben.

Sauffrieden, 23. Nov. Wie die Auen jenseits... Steht da der kleine, kaum dreijährige Joseph des Landwirts J. in A. am Tisch und sieht die Zeitung zu sich herunter. Der pausbodige Dreifüßler breitet vielendend das Blatt aus und verkündet den um den Tisch Sitzenden mit wichtiger Miene: „Do, heut stobt 'r Döller hoch!“

Ehlingen, 22. Nov. Brot für Kleinrentner. Die Zwangsinnung der Bäckermeister hat beschlossen, zur Vinderung der Kostlage der Kleinrentner dadurch beizutragen, daß jeder Bäckermeister vier Loib Brot zur Abgabe an die Kleinrentner kostenlos zur Verfügung stellt.

Heilbronn, 22. Nov. Eine Anfrage an die würt. Regierung. Landgerichtsdirektor Speidel erlät im „Heilbronner Generalanzeiger“ folgende Erklärung: Der würt. Beamten- und Lehrersstand war schon im Frieden der schlechtest bezahlte in Deutschland. Er hat gearbeitet und gearbeitet, ohne zu klagen. Sein Recht auf vierteljährliche oder monatliche Zahlung hat er bei der Not des Landes dringend gegeben. Nun aber ist das Maß voll. Wir erhalten die Gehaltszahlungen fast nie zur Zeit, sondern nur mit Verspätungen, die den Wert des Gehalts manchmal bis zur Hälfte kürzen. Trotz mehrfacher Zusagen, die wohl nur zur Beruhigung und nicht in der Absicht, sie zu halten, gegeben worden sind, hat noch keiner von uns werbeständiges Geld erhalten. Dieses wird in Berlin zurückgehalten zum Zweck weiterer wirtschaftlicher Ausbeutung und Erdrosselung des deutschen Volkes. Die württembergische Regierung weiß das. Im Namen des Volkes frage ich bei der Regierung an: Welche Schritte hat sie unternommen, um diesem neuen Verbrechen am deutschen Volke zu begegnen? Im Namen der würt. Beamten- und Lehrerschaft frage ich bei der würt. Regierung an: 1. Werden von der verspäteten Auszahlung des Gehalts ohne werbeständiges Geld alle Beamten vom Staatspräsidenten und den Ministern an gleichmäßig betroffen oder nur einzelne Kategorien derselben und welche? 2. Bedeutet die würt. Regierung den den Betroffenen durch die verspätete Auszahlung erwachsenen Schaden freiwillig zu ersetzen oder will sie es auf einen Prozeß ankommen lassen?

Amlich wird hierzu erklärt: Die würt. Staatskassen ar-

beiten mit Auf-  
sichtungsablung  
Befolgungempfe  
zur Kaufwertun  
nicht anerkennen  
vorliegt. Die  
auf diesem Geb  
des Beamten zu

Böblingen,  
f. d. Die Baul  
von Stadtschul  
gleichen Forder  
nehmen. Wäre  
Beiträge seit l  
werden konnte  
russgenossen  
eine fristlose  
zögerung mit  
einem kurzen  
Heinrich Burk  
russgenossen  
gleichrige Komm  
Spitze wurde g  
energisch vertre  
Kirchheim  
Wegen „Beim  
nationalsozialist  
stand der Stutt  
Dr. Kallenb  
Vertreter der  
Erneuten des  
zu einer Befäh  
Berufung, in  
Heringen, D  
Wo der Schäfer  
kam er unbesch  
Besitz. Dieser  
mit einer Howe  
der Heugabel o  
Wesler und bra  
durch den die  
Kostweil, 22

verb. Schuhma  
Fabrikarbeiter  
Waldsee, hatten  
Ningen, Hausen  
bronn Altort  
nicht zu je 1 Jah  
verlust verurteil  
Orten schwebt n  
Ebingen, 22

tere große Firm  
Lohst entlassen  
den Tarifvertrag  
Tullingen,  
der Tarifvertr  
schlossen, in de  
Betrieben der  
Arbeiter durch  
hinüberzubringen

Heilbronn, 2  
rer. Als Täter  
heim verurteilt  
25 Jahre alten  
tad und Emil  
leit. Die gestob  
Lande abgefeht  
Rupp in Badi  
her festgenomm  
fahren wegen W

Falsch  
Bestellen

Der

Erz

67) Der

Ich sehe n  
Lust, nur dan  
wenn ich jezt  
ne erst und oh  
hinzu, ich wert  
würde ich auf  
welen. Ich wel  
diese sein, wie  
fel der Erde m  
Herbststamme ein  
mich Ihr Weib  
glücklich, und w  
Sie glücklich zu

O mein Got  
im so überwilt  
Benedicte, mir,  
welchen Himmel

Sie hätten  
Lächeln, wägren  
der seinen unsh  
Tage, nachdem  
es heute wieder  
ja gesagt, und i  
les, verfallenes  
innert haben, da  
Patriarchen b  
mit die Umgeb  
schalt, daß Sie  
würde in ihrer  
aufwiegen Kin  
sch vergrößert  
Widerig Joh



arbeiten mit äußerster Aufbietung ihrer Kräfte an den Besoldungszahlungen. Eine Verzögerung irgend einer Art von Besoldungsempfängern findet nicht statt. Eine Verpflichtung zur Aufwertung der Besoldung kann die würt. Regierung nicht anerkennen, da ein schuldhaftes Versagen ihrerseits nicht vorliegt. Die Regierung läßt nichts unversucht, um auch auf diesem Gebiet eine Gleichstellung der Reichs- und Landesbeamten zu erzielen.

**Böblingen, 22. Nov.** Die Handwerker wehren sich. Die Bauhandwerker versammelten sich in Gegenwart von Stadtschultheiß Kraut im Rathausaal, um gegen die ungleichen Forderungen der Berufsgenossenschaft Stellung zu nehmen. Während bei einer Reihe von Unternehmern die Beiträge seit längerer Zeit in Papiermarkwährung bezahlt werden konnten, wurden die übrigen Meister seitens der Berufsgenossenschaft mit einem Schreiben überrascht, in dem eine freistufige Bezahlung in Goldmark verlangt wird, bei Verzögerung mit täglicher dreiprozentiger Verzinsung. Nach einem kurzen Referat des Malermeisters und Gemeinderats Heinrich Burckhardt wurde einstimmig beschlossen, an die Berufsgenossenschaft doreist gar nichts zu bezahlen. Eine fünfgliedrige Kommission mit Stadtschultheiß Kraut an der Spitze wurde gewählt, die den Standpunkt des Handwerks energisch vertreten soll.

**Kirchheim u. L., 22. Nov.** Politischer Prozeß. Wegen „Beschimpfung der Republik“, begangen in einer nationalsozialistischen Versammlung in Owen am 7. Juli ds. Js. stand der Stuttgarter Geschäftsführer der Nationalsozialisten, Dr. Kallendörfel, vor dem Schöffengericht Kirchheim. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft stellte die Schuldfrage ins Ermessen des Gerichts. Dieses verurteilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 14 Tagen. Dr. Kallendörfel wird Berufung einlegen.

**Höringen, 22. Nov.** Töblicher Stich. Als der Schäfer von Hofbühler Flopau seine Herde hütete, kam er unbeschädigt auch auf die Weide des Landwirts Besche. Dieser packte ihm auf, schlug ihm zuerst von hinten mit einer Haue auf den Kopf und riefte ihm dann noch mit der Heugabel auf den Leib. Darauf griff der Schäfer zum Messer und brachte dem Besche einen Stich in den Arm bei, durch den die Schlagader verletzt wurde.

**Kollweil, 22. Nov.** Bekräftigte Kirchendiebe. Der verd. Schuhmacher Jak. Benzler von hier und die ledige Fabrikarbeiterin Krezjenka Geiger von Dietmanns, 22. Waldsee, hatten aus den Kirchen in Zimmern o. N., Dunningen, Hausen i. Tal und aus einer Kapelle bei Langenbronn Altarrücker gestohlen. Sie wurden vom Schöffengericht zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Wegen des gleichen Vergehens an anderen Orten schwebt noch das Verfahren gegen das faubere Paar.

**Ebingen, 22. Nov.** Arbeiterentlassungen. Mehrere große Firmen geben bekannt, daß sie die ganze Belegschaft entlassen, nachdem die Arbeit unter Bruch des bestehenden Tarifvertrags niedergelegt worden sei.

**Taltingen, 22. Nov.** Streit. In einer Versammlung der Textilarbeiter hatten diese wegen Lohnstreitigkeiten beschlossen, in den Ausstand zu treten. Daraus riefte in allen Betrieben der Textilbranche, die schon seit längerer Zeit ihre Arbeiter durch Kurzarbeit über die schwerste Zeit der Not hinwegzubringen versuchte, die Arbeit vollständig.

**Heilbronn, 22. Nov.** Fabrikliebe und Mord. Als Täter der in letzter Zeit in Heilbronn und Sonthausen verübten Fabrikliebestriche wurden die ledigen 29 bzw. 15 Jahre alten Arbeiter Hermann B. 331 und Redar Garat und Emil Schwaner von Wimpfen a. B. ermittelt. Die gestohlene Ware wurde zum größten Teil auf dem Lande abgesetzt. — Der Bäcker und Spezereihändler Ernst Rupp in Bödingen wurde wegen Freistrichelei und Mord festgenommen. Es schwebt zurzeit auch noch ein Verfahren wegen Warenschlückung gegen ihn.

## Falsch spart, wer an der Zeitung spart!

Bestellen Sie deshalb sofort unsere Zeitung!

### Der Kampf im Speffart.

Erzählung von Lewin Schäding.

„Ich sehe nur dann ein Heil voraus für unsere Zukunft, nur dann ein ungetrübtes Glück, wenn nicht Sie, sondern wenn ich jetzt spreche — Widerich, ich liebe Sie, und“ fügte sie ernst und ohne alle Verlegenheit, aber leise weiter redend hinzu, „ich werde um Ihre Hand; verlegen Sie mir diese, so würde ich auf ewig unglücklich sein, unglücklicher, als ich je gewesen. Ich weiß wenig von Ihren Verhältnissen, aber mögen diese sein, wie sie wollen, können Sie mir im engersten Winkel der Erde nur einen stillen Platz neben einer freundlichen Herdflamme einräumen, so nehmen Sie mich auf, lassen Sie mich Ihr Weib werden; ich werde glücklich sein, beneidenswert glücklich, und werde meinen leihen Blutstropfen hergeben, um Sie glücklich zu machen.“

„O mein Gott,“ rief Widerich bestürzt von diesem Glück, das ihm so überwältigend entgegenkam, aus, „das lieben Sie, Sie, Benedicte, mir, der es kaum gewagt hätte, Ihnen zu gestehen, welchen Himmel ich darin sehe —“

„Sie hätten es kaum gewagt?“ antwortete sie mit sanftem Lächeln, während er vor ihr niederkniete und ihre Hand mit der seinen umschloß, „Sie, der es so lähn wagte schon am ersten Tage, nachdem Sie mich gesehen? Gewiß, gewiß, Sie hätten es heute wieder gewagt — und dann, dann hätte ich freudig ja gesagt, und ich wäre Ihnen gefolgt, Widerich, in Ihr stilles, verfallenes Fortshaus — und dort, dort würden Sie sich erheitert haben, daß ich ein verdammtes Kind aus einem ärmlichen Vatrierhause bin, und es würde Sie gequält haben, daß Sie mir die Umgebung nicht schaffen könnten, die ich im Vaterhause gehabt, daß Sie mich nicht erheben lassen müßten, und Ihre Liebe würde in ihrer Demut nicht glauben, daß sie diese Entbehrungen abwägen wüßte, und würde sich diese Entbehrungen hundertfach vergroßert vorge stellt haben. Ist es nicht so?“

Widerich sah sie verwundert an.

**Schörlingen, 25. Nov.** Landfrauenlag. Am 22. November fand hier unter dem Vorsitz der Fürstin Theresie zu Hohenlohe-Waldenburg ein allgemeiner Landfrauenlag mit Ausstellung von Erzeugnissen der Seid-, Näh- und Webkunst des Verbands und der Haushaltungsschule in Ruppzell statt. Die 16 vorgeschriebenen Spinnroden und ein Webstuhl fanden besondere Interesse. Den Schluß bildete ein Wettbewerf im Spinnen und Weben, wobei 10 Preise verteilt wurden.

**Konstanz, 25. Nov.** Staatspräsident Dr. Brüderer wird am Montag hier Besprechungen mit verschiedenen Wirtschaftsgruppen, mit Vertretern von Handel und Industrie und mit Vertretern der Beamten- und Arbeiterchaft über die gegenwärtigen Wirtschafts- und Währungsfragen haben und sich dann nach Berlin begeben.

## Die Milchversorgung der Städte

In einem Aufruf wendet sich der Militärereitschaftsleiter, Herr General Reinhardt, an die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die Milchlieferung in die Städte zu steigern. Die unterzeichneten landwirtschaftlichen Organisationen möchten ihrerseits ebenfalls die dringende Bitte an ihre Berufsge nossen richten, mit allen Mitteln auf die Befestigung der Milchnot hinzuwirken. In den Städten erhalten nur noch Kinder unter 2 Jahren Milch. Es ergeben sich daraus nicht nur große Gefahren für die Gesundheit unseres Volks, sondern auch nach mancherlei anderen Richtungen. Nachdem nunmehr von seiten der Verbraucher wenigstens der Grund sach anerkannt wurde, daß eine rechtzeitige Bezahlung der Milch in wertbeständigem Geld schon in aller nächster Zeit statzufinden hat, ist wohl endlich der Zeitpunkt gekommen, an dem die Landwirtschaft für den Erzeuger keine Verluste mehr bringt. Unter diesen Umständen glauben wir noch einmal die Landwirte zur Steigerung der Milchherzeugung auffordern zu sollen. Nun wissen wir allerdings, daß diese Steigerung nicht von heute auf morgen möglich ist und daß das, was durch verkehrte Regierungsmassnahmen zugrunde gerichtet wurde, nicht in wenigen Monaten aufgebaut werden kann; aber es fehlt augenblicklich so viel auf dem Spiel, daß uns die Frage, wie in der aller nächsten Zeit der Milchnot abgeholfen werden kann, viel wichtiger erscheint, als rücksehende Betrachtungen über verschlechte Maßnahmen. Es gilt jetzt einfach, hungernden Kindern, armen Kranken und müden, gedrückten Greisen, die an diesen Maßnahmen unschuldig sind, zu helfen. Und deshalb richten wir an unsere Landwirte die erste und eindringliche Bitte, unter Zurückstellung aller Verdrögerungen und auch unter Zurückstellung von berechtigten eigenen Bedürfnissen die Milchlieferung schon in den nächsten Wochen zu steigern. Jedermann weiß, welche ersten Stellen wir entgegengeben. Es ist Pflicht aller einsichtigen und weiterbildenden Landwirte und Landfrauen, in Würdigung dieser Verhältnisse leidende Volksteile nach Möglichkeit zu unterstützen.

Württemberg. Landw.-Kammer. Landw. Hauptverband f. Würtbg. u. Hohenz. Verband landw. Genossenschaften in Würtbg. Zentralgenossensch. d. Schwab. Bauern, Wm.

## Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 26. November 1923.

**Richtig frankieren.** Die seit 20. November geltenden Postgebühren werden von heute Montag den 26. Nov. ab verbleibend. Hinach kostet künftig eine Fernpostkarte 40, ein Fernbrief 80 Milliar den.

**Der neue Steuerabzug.** Vom 25. November bis 1. Dezember beträgt die Verhältniszahl für die Ermäßigungen beim Steuerabzug 700 000.

**Die neuen Steuern.** Wie verkauet, soll im Dezember eine Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das letzte Vierteljahr des laufenden Rechnungsjahrs (1. Januar bis 31. März 1924) in Goldmark erhoben werden. Die Einkommensteuer, die Vermögens- und die Erbschaftsteuer werden eine „Umstellung“, sprich: scharfe Erhöhung erfahren. Die Umsatzsteuer soll auf 24 Prozent hinaufgesetzt

werden. Den Hauptpunkt der Steuerreform von innen eine Wohnungsgoldsteuer bilden, und zwar derart, daß, wie die „Post-Zeitung“ berichtet, vom 30. Sept. 1924 die Mieten wieder in Gold erhoben werden und das Reich davon 60 Prozent vorwagnimmt, während den Hausbesitzern 40 Prozent der Goldmieten verbleiben. — Das wird Ueberraschungen geben! Die Steuern sollen bekanntlich 400 Millionen Goldmark ergeben.

**Die Goldrechnung bei der Post.** Der Reichrat hat der Umwandlung der Postgebühren nach Goldmarkrechnung, wie sie bei der Eisenbahn bereits eingeführt ist, zugestimmt. Die Gebührensätze werden im allgemeinen denen der Vorkriegszeit entsprechen. Fernpostkarten kosten 3. P. 3, Fernbriefe 10 Pfennig. Bei Telegrammen fällt die Grundgebühr weg, sie werden wieder nach der Wortzahl berechnet bei einer Mindestzahl von acht Worten in der Kostenberechnung. Die Umstellung des Postverkehrs auf Rentenmark wird Anfang Dezember erfolgen; die Guthaben werden in Rentenmark umgerechnet. Einzahlungen sind nur noch in Rentenmark zulässig. Die Mindeststammeneinlage betrage 5 bis 10 Rentenmark, Ueberweisungen sind wieder gebührenfrei.

**Drucksachen bis zu 25 Gr.** werden zu 3 Pfg. berechnet, Patete bis zu 3 Kilo in erster Zone (75 Kilometer) 30 Pfg., in zweiter und dritter je 60 Pfg., Zeitungspakete bis 5 Kilo in erster Zone 30, zweiter und dritter je 40 Pfg., Postanweisungen bis 1 Billion 20 Pfg., im Postfachverkehr Barzahlungen 10 Pfg., zwischen Papier- und Rentenmark werden in künftigen Tarif Unterschiede gemacht. Der Tag des Inkrafttretens der neuen Gebühren wird vom Reichspostminister bestimmt.

**300 Briefmarken.** Mit Einführung wertbeständiger Briefmarken wird dem Markenumwelen der Post ein Ende gesetzt werden. Seit der Revolution von 1918 sind nicht weniger als 300 (224 allgemeine und 76 Dienstmarken) verschiedene Briefmarken, meist geschmacklosster Art, ausgegeben worden, wobei unbedeutende Marken noch gar nicht berichtigt sind. Das sind in 5 Jahren mehr, als seit der Reichsgründung in 50 Jahren hergestellt wurden.

**Die Einlösung des Eisenbahnnotgelds,** das nicht wertbeständig ist, wird von der Reichsbank eingelöst, soweit es sich um Stücke von 100 Milliarden und darüber handelt. Stücke unter 100 Milliarden werden an allen öffentlichen Kassen angenommen oder von der Eisenbahn in größere Stücke umgetauscht. Das neue wertbeständige Eisenbahnnotgeld ist durch Goldanleihe voll gedeckt.

**Rentenmark für den Getreidekauf.** Der Reichsgetreidestelle sind in diesen Tagen für den Austausch von Brotgetreide Rentenmark überwiesen worden, die sie für angekauftes Getreide weiter an Handel und Genossenschaften gibt. Der Landwirt kann daher in Zukunft die Bezahlung seines Getreides in Rentenmark verlangen, da die Deutsche Rentenmark an erster Stelle für den Austausch landwirtschaftlicher Produkte gegründet wurde und auch die Landwirtschaft die Hälfte der Unterlagen für die Rentenmark stellt. Die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine hat die Forderung gestellt, daß der Wirtschaft, speziell der Landwirtschaft, mindestens gleichzeitig und wenigstens derselbe Betrag an Rentenmark zur Verfügung gestellt wird, den die Reichsregierung erhält.

**Wertbeständige Gerichtskosten.** Die Verordnung, wonach gerichtliche Vermögensstrofen und Bußen unter Zurücklegung der Goldsteuermark wertbeständig gemacht werden, hat die Billigung des Reichsrats gefunden.

**Die Geltungsdauer des Achtstundentags.** Nach einer Verordnung, die sich im Reichsgesetzblatt findet, ist die Demobilisationsverordnung über die Arbeitszeit am 17. November d. J. außer Kraft getreten. Nun findet sich aber in den Reichsdrucksachen unter Nr. 6292 der Wortlaut der gleichen Verordnung wie im Reichsgesetzblatt, nur daß die Geltungsdauer dort mit dem 30. November 1923 begrenzt wird. Danach ergibt sich jedenfalls, daß tatsächlich am 17. November zwei Termine veröffentlicht worden sind. Die juristische Frage, welcher Veröffentlichung denn nun Gesetzeskraft zukommt, wird man sich heute wohl schenken können und der Ordnung halber einfach den späteren Termin als den gültigen ansehen. Demnach hätten wir also in Deutschland noch bis zum 30. November „achtstündigen Achtstundentag“.

das Haus und wanderte durch die Eschenheimer Gasse zum Lore. Als er an diesem angekommen, redete er die unter dem Torwege auf- und abwandelnde Schilowache an; er fragte, ob der Kommandant dagewesen. Der Mann gab, obwohl Widerich ihn französisch anredete, keine Antwort. Ein Sergeant, der innerhalb der ins Wohnzimmer führenden offenen Tür lehnte, fragte ihn dagegen: „Was wollen Sie beim Kommandanten? Haben Sie ihm etwas zu melden?“

„Nicht das — ich habe Grund anzunehmen, daß er hier gewesen wegen des gefangenen Schultheißen.“

„Wegen des Schultheißen? Und was sollte der Kommandant sich mit dem alten Verdächtig zu schaffen machen, der in einer Stunde vor das Kriegsgericht gestellt wird —“

„Vor das Kriegsgericht — der Schultheiß?“ harrte Widerich entsetzt.

„Ich habe Ordet, ihn hinführen zu lassen!“ entgegnete der Sergeant.

„Un glaublich — das wäre —“

„Nun, was wäre es?“ fragte der Sergeant, Widerich argwöhnisch fixierend.

„Ich kann es nicht glauben — es kann nicht wahr sein,“ versetzte dieser sich fassend.

Der Sergeant wandte sich ab.

„Gehen Sie um acht Uhr in den Römer,“ sagte er, „und Sie werden sehen, wie viel Federlesens man mit dem alten Schult macht, der im Einverständnis mit dem Feinde stand.“ Dabei lehnte der Franzose Widerich den Rücken zu und trat in die Wachtstube hinein.

Letzterer konnte nicht mehr zweifeln an der Wahrheit dessen, was er vernommen. In furchtbarer Erregung eilte er zurück. Er stürzte in das Haus des Schöpfen, er verlangte härmlich, Benedicte zu sprechen; als man es ihm gesagt, kam sie die Treppe herab und rief ihm in ängstlicher Spannung entgegen: „Was ist geschehen? Welche Nachricht bringen Sie?“

(Fortsetzung folgt.)



**Erwerbslosenunterstützung.** Die wöchentlichen Unter-  
stützungssätze für Erwerbslose betragen vom 19.—24. Nov.  
in Ortsklasse A für Männer über 21 Jahren 780, unter 21  
Jahren 470, für Frauen über 21 Jahren 620, unter 21  
Jahren 360, Familienzuschläge für Ehegatten 200, für je-  
des Kind und jeden sonstigen unterstützungsberechtigten An-  
gehörigen 150 Milliarden. In Ortsklasse B sind für die  
gleichen Gruppen die Zahlen 720, 440, 580, 340, 190 und  
140 Milliarden, in Ortsklasse C 680, 410, 540, 320, 180 und  
130 Milliarden, in den Ortsklassen D und E 630, 380, 500,  
300, 160, 170 und 120 Milliarden. Die Familienzuschläge  
dürfen insgesamt den einfachen Hauptunterstützungssatz, die  
Summe der selbständigen Unterstütlungen in einem ge-  
meinschaftlichen Haushalt die doppelte Unterstütlung der  
höchsterunterstützten Familienmitglieder nicht übersteigen.

**Abatt bei werbeständigen Geld.** Der Einzelhandels-  
auschuss der Handelskammer Stuttgart empfiehlt den Ein-  
zelverkaufsgeschäften bei Bezahlung in werbeständigem  
Geld durch die Kunden einen Abatt von 10 Prozent zu  
gewähren, d. h. die Verkaufspreise werden so angelegt, daß  
unter der Annahme von Papiergeldzahlung ein Zuschlag  
von 10 Prozent eingerechnet ist, wie es z. B. seitens der  
Bäckereimuster öffentlich bekanntgegeben wurde. Das bis-  
her bestehende Verbot der Rabattumwendung ist angesichts  
der empfindlichen Verluste, die dem Geschäftsmann durch  
Papiergeldzahlung in letzter Zeit zu erwachsen pflegten,  
fraglos nicht aufrechtzuerhalten, und der Rabatt wird auch  
— sei's in Kaufschlag oder Abzug, beides kommt aufs gleiche  
hinaus — stillschweigend geduldet. Dennoch bleibt das  
Bedenken bestehen, daß der Rabatt eine erhebliche Benach-  
teiligung des größten Teils der Kundschaft gegenüber einem  
ausgewählten kleineren Teil bedeutet, solange nämlich die  
werbeständigen Zahlungsmittel noch nicht in alle Kreise  
gedrungen sind und wenigstens einen gewissen Teil  
des Einkommens ausmachen. Dies wird, nach der Ver-  
sicherung der Reichsregierung, vom Ende laufender Woche  
an der Fall sein. Insofern erscheint der Rabatt als ge-  
wünscht.

**Altenheim.** 24. Nov. Gemeinderatsitzung vom 21.  
Nov. Zur Vereinfachung des Zahlungsverkehrs am hiesigen  
Platz ist auf Wunsch von Gewerbe, Handel und Industrie  
die Ausgabe weiterer Schecks der Stadtgemeinde in die  
Wege geleitet worden. Einem Antrag auf Schaffung werbeständiger  
Geldes durch die Stadt und Abgabe desselben an  
den Kleinhandel zur Beschaffung von Lebensmitteln kann  
eine Folge nicht gegeben werden, da die Genehmigung der  
zuständigen Behörde hierzu verlangt wird, indem zunächst die  
Erfahrungen mit Einführung der Rentenmark abzuwarten  
sind. — Die Gemeinde hat sich auch darum bemüht, ihr zum  
Baumatz an der wuerthbaurischen Allee ein Anzähl  
Büro als Stützpunkt kostenlos an überlassen. Der Ge-  
meinderat ist nicht abgeneigt diesem Anzähl zu entsprechen,  
soweit die Abgabe ermöglicht werden kann. — Der Vorstehende  
berichtet, daß beim letzten Verkaufstermin des städt. Neubaus  
an der Poststraße ein weiteres Gebot nicht abgegeben worden  
ist; von einer Veräußerung des Gebäudes wird zunächst Ab-  
stand genommen. — Das Bäcker Brenner'sche Haus neben  
dem Rathaus soll nunmehr auf den Abbruch zur Versteigerung  
kommen, da die Bewohner desselben jetzt anderwärts  
untergebracht werden können. Es ist in Aussicht genommen,  
den Platz später zur Gewinnung weiterer städt. Konzessionen zu  
überlassen. Oberstadtkämmerer berichtet bei der städt. Sparkasse  
wied als Gegenübernehmer im Hauptamt mit dem Titel Spar-  
kassenkontrollleur desfalls ange stellt und den beiden Kassens-  
beamten Wiesland und Armbruster der Titel Buchhalter ver-  
leihen. — Eine Eingabe des hiesigen Verkehrsvereins an die  
Eisenbahngeneraldirektion um Verbesserung der schlechten  
Zugverbindungen auf der Nagold-Altenheimer Bahn wurde  
vom Stadtschultheißenamt unterstützt. Für Erledigung kommt  
noch eine Reihe weiterer minder wichtiger Gegenstände.

**Gemeinnütziges.**

**Aufgetrennte, kranke Strumpfwolle kann wieder glatt  
und schön wie neu werden, wenn folgendes einfache Ver-  
fahren angewendet wird.** Die aufgetrennte Wolle wird  
ziemlich lose auf einen Knauel gewickelt und dann in lau-  
warmes Wasser gelegt. Die vollständig durchwässerte Wolle  
wird dann ausgepreßt und fest und stramm über ein Stück  
Holz oder Pappendeckel gewickelt und zum Trocknen an  
einen warmen Ort gelegt. Wenn die Wolle vollständig trok-  
ken ist, wird man staunen, wie glatt und schön sie geworden  
ist. Ich habe dieses Verfahren sowohl mit Wolle als mit  
Baumwolle mit bestem Erfolge angewendet.

**Wie man weiße Spitzen wäscht.** Man wickelt die Spitze  
in großer Richtung um eine kurze, dicke Flaße, legt ein Stück  
lose Gaze darüber und befestigt es mit weissen Stichen zusam-  
men. Dann wird sie in kaltes Regenwasser gelegt und die  
Spitze reichlich mit weisser Seife eingelebt. Andern Tages  
stellt man die Flaße in einen sehr reinen Kessel mit  
klarem Regenwasser auf Feuer, schabt so viel weiße Seife  
hinein, daß es eine gute Lauge wird und läßt sie eine Vier-  
telstunde kochen, wo sie dann in laues Wasser gelegt wird.  
Während man der Spitze einen bläulichen Schein zu geben,  
was eigentlich nicht sein soll, so zieht man sie durch etwas ge-  
kühltes Wasser und stellt die Flaße in die Sonne oder an  
einen luftigen Ort. Hoff trocken geworden, wird die Gaze  
entfernt, die Spitze abgewickelt, in ganz großer Richtung auf  
ein reines Bänderstück gelegt, die linke Seite nach oben, und  
mit einem sauberen, nicht zu drehem Eisen der Breite nach  
darüber gebügelt. Es werden dadurch der Spitze einigerm-  
maßen die Fäden erhalten.

**Handelsnachrichten**

**Kursnotiz der Mark.** In der Londoner Börse stieg das Pfund  
Sterling am 23. Nov. abends bis 47,5 Millionen Mark, was einem  
Dollarkurs von 9 Mill. entspräche. Am Samstag war der Stand  
in London 45. Amsterdam 1 Gulden 3,7, Zürich 1 Franken 1,42  
Millionen.

**Die schwedische Reichsschuld** ist vom 31. Oktober 1923 bis 10.  
November von 6,007 auf 63,184 Trillionen Mark gestiegen, bei  
sich also um mehr als 5644 Trillionen vermehrt, oder um etwa  
das Neunfache (wie der Dollarkurs). Die Hauptausgaben ent-  
fallen auf Zinsen und Rente und die Erwerbslosenunterstützung.

**Edd, Edelmetallpreise.** 24. Nov. Wäln 21 (Gold) — 26  
(Silber) Millionen, Feingold 4,8 beim 5,1 d. Gr., Feinkornsilber  
125 beim 125 d. Ag. Silber in Baren 1000 fein 115 beim 125.

**Verliner Getreidepreise** am 24. Nov. in Goldmark für 100 Kg.:  
Weizen (mich.) 19,20—19,30, Roggen 17,80—18, Sommergerste  
17,70—18,10, Hafer 16—16,20, Weizenmehl 32—34, Roggenmehl  
30—32, Kleie 8, Raps 32—33,50, Rapskuchen 13—13,50.

**Wärkte**

**Schweinemarkt Wittenberg, 22. Nov.** Dem heutigen Schweine-  
markt waren 96 Stück Milchschweine und 3 Käuferschweine zu-  
geführt. Preis für Milchschweine 15 bis 20 RM je das Stück,  
Käuferschweine wurden keine verkauft.

**Wiedbericht.** Auf dem Vieh- und Schweinemarkt in  
Nadolitz herrschte gedrückter Handel. Ochsen galten 300—350,  
Kühe und Kalbinnen 350—450, Jungvinder 85—200, Käufer 25 bei  
40, Ferkel 12—20 Goldmark das Paar. Auf dem Nadolitzer  
Fleischmarkt kosteten je 100 Kg. Weizen 30, Gerste 19 und  
Hafer 15 bis 19 Goldmark.

**Viehmarkt Pfälzingen, 23. Nov.** Der Viehmarkt war bejoh-  
ren mit 8 Stück Ochsen, 21 Kühen und Kalbinnen, 16 Stück Jung-  
vieh, 5 Jiegen und 40 Schweinen. Bei diesem Handel wurden be-  
zahlt für Kühe und Kalbinnen 600 bis 800 RM, Jungvieh 250 bis  
400 RM, Schweine 15 bis 22 RM. Ein Verkauf von Ochsen kam  
nicht zustande.

**Eulz a. N., 24. Nov.** Dem Vieh- und Schweinemarkt  
waren zugeführt: 16 Ochsen, 30 Kühe, 27 Ferkel, 70 Kalbinnen,  
55 Stück Kleinvieh, 68 Milchschweine und 2 Käufer. Erlös per  
Paar Ochsen 2000—2400 Goldmark, Kühe per Stück von 2—2,5-  
jährig 700—800, 1—2jährig 150—400, Kinder 1—2jährig 200 bis  
700, trüchtige Kalbinnen 600—900, trüchtige Kühe 600—900, Wark-

schweine 200—400, Kälber 80—150 Goldmark. Handel lebhaft. Milch-  
schweine per Paar 70—50 Goldmark, Käufer 60 Goldmark per  
Paar.

**Stuttgart, 24. Nov.** Obfruchtmarkt. Reichliche Zufuhr.  
Preise in Milliarden Mark. Edelapfel 200—220, Tafelapfel 130  
bis 200, Spalterbirnen 200—220, Tafelbirnen 120—200 d. Pfd.

**Gemüsegroßmarkt.** Kraut 7—8, Kohlrabi 55—75, Röhrl 40 bis  
65, Zwiebeln 110—125, Spinat 125—180, rote Rüben 60—80,  
gelbe Rüben 55—65, Wodenkohlraben 12—12,5 d. Pfd., Endivien  
50—100, Rosenkohl 60—200, Kettische 12—60, Sellerie 25—70  
das Stück.

**Butter 2,4** (werbeständig 2,3) Millionen, Schweineschmalz 1,7  
bis 1,9, Margarine 0,9—1,1, Kokosfett 1,8, Rinderfett 1,3—1,4  
d. Pfd., Commentierhäse 2,3—2,5, Schweizer 2—2,2, Rahmkäse  
1,5—1,65, Backfettkäse 1,1—1,3 Millionen d. Pfd. Käseker 200  
Millionen das Stück.

**Fruchtmarkt Wittenberg, 22. Nov.** Die Zufuhr zum Frucht-  
markt betrug 22 Jtr. Weizen, 65 Jtr. Hafer, 1 Jtr. Dinkel und 4,5  
Jentner Gerste. Preis für Weizen 18 bis 25 RM, für Hafer 10  
bis 13 RM, für Dinkel 15 RM, und für Gerste 15 bis 20 RM, je  
der Jentner.

**Weg Roggenpreis.** Nach der amtlichen Feststellung beträgt der  
Preis für Roggen nach der Kollierung der Berliner Werke in der  
Zeit vom 1. Januar bis 31. Oktober 1923 im Durchschnitt 6,96 Gold-  
mark für den Jentner gegenüber einem Durchschnittspreis der-  
selben Monate im Jahr 1913 von 8,20 Goldmark. Der diesjährige  
Roggenpreis ist also um 15,12 Prozent niedriger als im Jahr 1913.

**Kettmann, 23. Nov.** Von den Erzeugern werden jetzt Goldmark  
und Rentenmark gefordert, wovon jedoch nur wenig vorhanden  
sind. Verkauft und bezahlt wurden für den Jentner Hopfen von  
250 bis 270 Millionen, je nach Güte.

**Unterfestungen, 24. Nov.** Hopfen. In letzter Zeit wurden die  
noch hier lagernden Hopfen, etwa 25 Ballen, zum Preis von einem  
vollständigen Gulden pro Pfund aufgeholt.

**Werkzahlen**

1 Goldmark	Reichsbank Berlin	1 000 000 000 000
	Mittelkurs	1 000 000 000 000

Reichsbankbilanz	90 Prozent
Goldfranken	1000 Milliarden
Steuerrechnungssatz	1000 Milliarden
Buchhandelschiffel	1100 Milliarden
Buchschiffel	60,2 Milliarden
Großhandelsindex	1413 milliardenfach
Lebensmittel	1333 milliardenfach
Industrieerzeugnisse	1563,5 milliardenfach
Einfuhrwaren	1628,8 milliardenfach
Inlandwaren	1374,4 milliardenfach

Lebenshaltungskosten: (17. November); 831 milliardenfach.

**Devisenkurse**  
(in Millionen)

Berlin	23. November		24. November	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	1696000	1691000	1696000	1691000
Belgien	196610	196490	196610	196490
Norwegen	618450	621550	618450	621550
Dänemark	728175	731825	728175	731825
Schweden	1105230	1110770	1105230	1110770
Italien	193545	194400	193545	194400
London	18354000	18446000	18354000	18446000
Newyork	4189500	4210500	4189500	4210500
Davis	227430	228570	227430	228570
Schwyz	730170	733830	730170	733830
Spanien	546630	549870	546630	549870
D.-Oester.	68,832	69,148	68,832	69,148
Drac	121695	122305	121695	122305
Ungarn	219,450	220,550	219,450	220,550
Argentin.	1296750	1303250	1296750	1303250
Tokio	1995000	2005000	1995000	2005000

**Geforderte:**  
Nagold: Christiane Raaf geb. Christmann, 69 J.  
Altenheim: Louis Finke, 83 J.  
Calw: Heinrich Perrot, Arbeitsschreinerin a. D.

**Bekanntmachung.**

betz. die vom 25. November ab gültigen Ermäch-  
tigungsbeträge beim Steuerabzug vom Arbeitslohn.  
Ab 25. November gelten beim Steuerabzug vom  
Arbeitslohn die

700 000 fachen (Siebenhunderttausend)  
Beträge der vom 16. bis 30. September gültigen,  
am 18. September bekannt gegebenen Ermächti-  
gungsbeträge.

Altenheim, den 23. Nov. 1923.  
1075 Finanzamt: Huberich.

Die Zahlung für 4. Nov. Viertel ist den Gehalts-  
empfängern am 23. Nov. 1923 überwiesen worden.  
Der Austausch werbeständiger Zahlungsmittel  
für die Zahlungen am 9., 13., 16. und 20. Nov.  
wird für diejenigen Gehaltsempfänger, die ihre Zah-  
lungen bar von hier aus — nicht durch die Post —  
oder mit Banküberweisungen erhalten, vom 26. Nov.  
bis 1. Dez. hier erfolgen, und zwar für den Ober-  
amtsbezirk Calw am 26. und 27. Nov., Neuenbürg  
am 28. und 29. Nov. und Nagold am 30. Nov.  
und 1. Dezember. Die Gehaltsempfänger wollen  
sich möglichst zusammenstellen und den Austausch  
durch einen mit Vollmacht versehenen Beauftragten  
vollziehen lassen.  
1082 Staatsrentamt Calw.

**Heim Jungen**  
Sammlung von Volks-  
sagen für Männerherz  
Stets vorrätig bei  
Buchhandlg. Zaiser.  
Gebetbücher bei G. W. Zaiser, Buchhandlung.

**Jungen**  
(Pferdeknecht u.  
Biehfütterer)  
finden Stelle bei  
E. Necker  
Pfrondorfer Mühle.

**Aufruf an die Landfrauen.**

Stuttgart, den 19. Nov. Die durch die mangel-  
hafte Milchversorgung immer steigende Not ver-  
anlaßt die untenstehenden Vereinigungen zu folgen-  
dem Aufruf:

**Landfrauen!**

Die Milchlieferung in den württ. Städten, vor  
allem in Stuttgart, geht ständig zurück. Schon  
früher nicht einmal mehr die Kinder bis zum  
2. Lebensjahr ausreichend versorgt werden. Klein-  
kinder und Säuglinge sind am Leben gefährdet.  
Landleute, sorgt für Abhilfe! Treiet dafür ein, daß  
von jeder Kuh im Tag durchschnittlich doch wenig-  
stens ein Liter Milch an die Sammelstelle abgeliefert  
wird. Bringt die Milch an die Sammelstelle. Nur  
auf diese Weise kommt sie an diejenigen, die sie am  
dringendsten benötigen. Man wird in den Städten  
alles daran setzen, auch die Milch werbeständig zu  
bezahlen, sobald irgendwie die Möglichkeit geschaffen  
ist. Ihr Landleute, die Ihr selbst Mütter seid, denkt  
an die Not der Stadtkinder und an die Sorge ihrer  
Mütter! Ihr habt es in der Hand, dieser Not ein  
Ende zu machen. Laßt uns nicht vergeblich bitten!

Württ. Landesauschuss für Säuglings-  
und Kleinkinderschutz,  
Landesverband für Jugendfürsorge,  
Stuttgarter Verband der Hausfrauen,  
Verein von Kinderfreunden,  
Verein für Kinderheime,  
Krippenverband Stuttgart.

mit der Aufschrift  
**Plakate Multiplikator**  
vorrätig  
beim Gesellschafter.

Wir bekommen tagl. Neuzugänge in  
**Spielwaren**  
u. können Einkäufe hierin schon getätigt werden.  
Ferner empfohlen wir: 1079  
Herren-Hüte in stets reichhaltiger  
Auswahl.  
Hosen für Sonn- u. Sporthosen  
Werktag, in allen Größen und versch. Farben,  
gut gefütterte Winterjoppen, gestrickte  
Unterkittel, moderne Wellwesten,  
Hemden, Unterhosen usw.  
Damen-Röcke für Sonn- und Werktag,  
gestrickte Jacken, Pelze, Wollschals,  
Schürzen und Wäsche.  
Kindergarnituren,  
gestr. Knaben-Anzüge  
usw. usw.  
Zeitiger Kauf wird sich lohnen.

**Junger Müller,** 1078  
22 Jahre alt, mit guten  
Zeugnissen 1066  
**sucht sofort  
Stellung.**  
Wer's sagt die Geschäfts-  
stelle des Blattes.

**Alle Maschinen**  
sowie 936  
**Alteisen und Metall**  
kauft höchstzahlend.  
**A. Breuning**  
Gerberstraße.

Ergebnis an Ver-  
ein, Behälter,  
sämtlich veran-  
und Vorhaben er-  
Bezugsspre-  
vom 22—28.  
50 Goldmark  
eincl. Käse  
Wag. Nr. 10  
Grundpreis 1, 2  
Die einpaltige  
gewöhnlicher  
deren Mann 12  
pfennige, Klein  
Goldpfennige  
an 10 Goldp  
gericht. Weirer  
No. Kurien in de  
hinfort

**Wer stellt**

In der Gef-  
lich zum erheben  
rung des Vertri-  
kürzt wurde.  
Stresemann we-  
gung der Lage  
Parlamentarisch  
verfügt wurde.  
schreiber schon  
Wörter, daß hier  
nicht befriedigt  
der Zeit herbei  
Warum ist  
geht, immer in  
lichen Parlam-  
lichen Parlam-  
daß es wenige  
Detail vermie-  
parlamentarisch  
Parlament, da  
ganz von selbst  
Minister muß  
nicht schon ein  
der deshalb bei  
geschlossene Me-  
den Luxus von  
unabhängige Zu-  
mung in England  
wird: Der Geg-  
In deutsche  
netztung soll in  
die den Kamp-  
Bund, nicht ein  
gläubigem Fra-  
kür. Über die  
Sozialdem  
punkt einer neu-  
bilden, obwohl  
Deutschland  
richtiger. Sie  
stellen. Und w  
Vorführer h  
aber kein Pra-  
so werden sie  
Berlegenheit fo  
Die Schwier-  
sucht der Parte  
wie gesagt, in  
Systems in De  
stand, der beim  
aus der Sozial  
einen deutsch  
nung betrauen?  
Gewissenlosli  
der Reichspräsi  
Parlamentarisch  
miserant sein.  
Zeit, so gibt  
Das Geschäfte  
wahre Lösung

**Ein**  
Raci  
Abgeordneter  
von Reichsprä  
mittelsbildung  
Führern der vo  
Reichspräsident  
die Deutschland  
vertreten ist, W  
hagegen ausge  
Deutschen Volk  
Hedernahme de  
schen Volkspart  
und Demokratie  
Kardoff sich z  
Vollminister h  
Gehler (Dem  
parteilos) erklä  
halten. Die De  
sung an einem  
teil, von sich an  
präsidenten dar  
bei Kardoff ni  
bürgerliche  
durfte gar noch  
den Austritt zu